

watson



EU-Parlamentspräsident Martin Schulz fürchtet Schwierigkeiten für die Schweiz. bild: epa/epa

SO REAGIERT EUROPA

«Die spinnen, die Schweizer!»

Mit dem Ja zur Initiative «gegen Masseneinwanderung» stellen die Schweizer ihr Verhältnis zur Europäischen Union auf die Probe. Das Ergebnis könnte die Zuwanderungsdebatte in ganz Europa befeuern.

philipp wittrock, spiegel online

Wohl noch nie hat man in Brüssel, Berlin oder London so genau hingeschaut wie an diesem Sonntag, als die Schweizer zu einer Volksabstimmung schritten. Denn das Ergebnis des Referendums hat Folgen für ganz Europa. Es waren am Ende zwar nur ein paar tausend Stimmen, die den Ausschlag gaben, doch diese sorgen dafür, dass [das Verhältnis des kleinen, reichen Alpenlandes zur Europäischen Union womöglich neu geordnet werden muss](#).

Knapp über 50 Prozent haben ja gesagt zur Initiative «gegen Masseneinwanderung» der SVP. Der Kampf der Regierung, fast aller anderen Parteien und der Wirtschaft gegen die drohende Abschottung fruchtete nicht. Fast jeder Vierte der rund acht Millionen Einwohner der Schweiz ist heute Ausländer, 300'000 sind Deutsche. Genug, findet die hauchdünne Mehrheit offenbar und will die Zuwanderung künftig wieder über Kontingente steuern. Die Regierung in Bern muss nun binnen drei Jahren die bilateralen Verträge mit der EU über die Personenfreizügigkeit kündigen und nachverhandeln.

Fragt sich nur, ob das so einfach ist. Und ob nun andere EU-Staaten auf die Idee kommen, es dem Nicht-EU-Mitglied Schweiz gleichzutun. Oder Rechtspopulisten andernorts das Ergebnis zur Offensive nutzen.

Wiedereinführung von Grenzkontrollen?

In der EU reagierte man entsprechend enttäuscht auf den Ausgang der Volksabstimmung. Die Abschottung verletze das Prinzip des freien Personenverkehrs zwischen der EU und der Schweiz, betonte die EU-Kommission in einer Mitteilung. «Das ist kein ermutigendes Zeichen in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU», sagte EU-Parlamentspräsident Martin Schulz am Sonntag am Rande einer Israel-Reise. Die Entscheidung, die Freizügigkeit einzuschränken, könne «Schwierigkeiten auf beiden Seiten» herbeiführen. Im äusseren Fall sei nicht einmal die Wiedereinführung von Grenzkontrollen auszuschliessen. «Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass die Schweiz das will», sagte Schulz.

Brüssel hatte im Vorfeld des Referendums bereits klargemacht, dass die EU einen Verstoss gegen die Freizügigkeitsregeln nicht hinnehmen würde. Kommissionspräsident José Manuel Barroso hatte in diesem Zusammenhang den privilegierten Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt in Frage gestellt. Schließlich besagt die sogenannte Guillotine-Klausel, dass keiner der insgesamt sieben Verträge zwischen der Schweiz und der EU einzeln gekündigt werden kann.

Haben die Eidgenossen an diesem Sonntag also ihre engen Verbindungen zur EU gekappt? Die Kommission liess zunächst nur wissen, dass sie die Folgen der Initiative «für die Gesamtbeziehungen zwischen der EU und der Schweiz analysieren» werde.

Schäuble warnt vor Schwierigkeiten

Eine offizielle Reaktion der deutschen Regierung liess zunächst auf sich warten. Finanzminister Wolfgang Schäuble sieht den Ausgang der Volksabstimmung auch als Signal für die deutsche Politik. «Es zeigt natürlich ein bisschen, dass in dieser Welt der Globalisierung die Menschen zunehmend Unbehagen gegenüber einer unbegrenzten Freizügigkeit haben. Ich glaube, das müssen wir alle ernst nehmen», sagte der CDU-Politiker am Sonntagabend in der ARD-Sendung «Bericht aus Berlin». «Wir bedauern diese Entscheidung. Das wird eine Menge Schwierigkeiten für die Schweiz verursachen», fügte Schäuble hinzu.

CDU-Aussenexperte Andreas Schockenhoff warnte die Schweiz vor dem «Weg einer fortschreitenden Selbstisolierung». Die Wirtschaftskraft der Schweiz beruhe auch auf den ausländischen Fachkräften. «Die Schweiz wäre schlecht beraten, den Zuzug zu stark einzuschränken», so Schockenhoff. Andere Koalitionäre drückten ihre Meinung weniger vornehm aus: «Die spinnen, die Schweizer!», twitterte SPD-Vize Ralf Stegner und schob gleich noch hinterher: «Geistige Abschottung kann leicht zur Verblödung führen.»

Deutschland soll Gegenforderungen stellen

Sven Giegold, Spitzenkandidat der Grünen für die Europawahl, sprach von einem «historischen Rückschritt» der Schweizer. Er forderte die EU und die Bundesregierung auf, im Falle von Neuverhandlungen der Verträge Gegenforderungen zu stellen. «Das naheliegendste Thema ist neben dem Bankengeheimnis das Schweizer Steuerdumping», sagte Giegold SPIEGEL ONLINE. «Wenn die Schweizer weiter eine privilegierte Partnerschaft mit der EU haben wollen, müssen sie sich im Gegenzug jetzt bei den anderen Themen öffnen.»

Parlamentspräsident Schulz, der designierte Spitzenkandidat der sozialdemokratischen Parteien Europas, mahnte zu Gelassenheit und «rationalen Reaktionen». «Wir sollten nicht über gegenseitige Verhärtungen reden», sagte Schulz. Klar sei aber auch, dass man die Sorgen mancher Menschen in Europa und ein gewisses Überforderungsgefühl ernst nehmen müsse: «Das Thema Migration wühlt die Menschen auf»

Alle News von [Spiegel Online](#)

Die Sorge ist gross, dass das Signal aus der Schweiz die Debatten über Zuwanderung in anderen EU-Staaten befeuern könnte. Auch Grossbritanniens Premier David Cameron denkt über Quoten nach. In [Deutschland](#) brach jüngst die CSU eine Diskussion über sogenannte Armutszuwanderung aus Osteuropa vom Zaun. [Anderorts schüren Populisten und Rechtsextreme Ängste vor angeblicher Masseneinwanderung.](#) Parlamentspräsident Schulz hatte schon vor der Abstimmung [in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag»](#) befürchtet, dass [«Radikale sich des Abstimmungsresultates bemächtigen»](#) könnten.

[Tatsächlich dauerte es am Sonntag nicht lange, bis sich auf Twitter der Vizechef der französischen Rechtsextremen vom Front national, Florian Philippot, zu Wort meldete: «Gut gemacht, Schweiz! Eine echte Demokratie!»](#)

Mitarbeit: Veit Medick, Claus Hecking / Mit Material von dpa